



Prüfungsamt

Klausur zum Modul

1.2a

des Bachelor-Studiengangs

Politik- und Verwaltungswissenschaft

am 4. März 2010

(Wintersemester 2009/2010)

Auswertung (Verteilung der Punkte und Noten):

Punkte	Note	Anzahl
ab 80 bis 100	1,0	9
ab 75 bis unter 80	1,3	6
ab 71 bis unter 75	1,7	5
ab 66 bis unter 71	2,0	4
ab 61 bis unter 66	2,3	11
ab 57 bis unter 61	2,7	11
ab 52 bis unter 57	3,0	3
ab 47 bis unter 52	3,3	11
ab 43 bis unter 47	3,7	9
ab 38 bis unter 43	4,0	11
unter 38	5,0	29

Anzahl Klausuren: 109
Notendurchschnitt: 3,3
Nicht bestanden: 26,6%

Klausurthemen

Es gibt verschiedene Formen von Fragen:

(1) Geschlossene Multiple Choice-Fragen

Die Zahl der anzukreuzenden Antworten geht nicht aus der Fragestellung hervor; Sie müssen bei jeder geschlossenen Frage die jeweils anzukreuzenden Antworten selbst ermitteln. Es können auch keine oder alle Antworten richtig sein.

Für jede falsche Antwort werden bei den geschlossenen Fragen Punkte abgezogen. Wenn z.B. vier Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind und vier Punkte zu erreichen sind, wird für jede richtig beantwortete Möglichkeit (Ankreuzen einer zutreffenden Antwort oder Nicht-Ankreuzen einer nicht zutreffenden Antwort) 1 Punkt vergeben und für jede falsch beantwortete Möglichkeit (Ankreuzen einer nicht zutreffenden Antwort oder Nicht-Ankreuzen einer zutreffenden Antwort) 1 Punkt abgezogen.

Wenn Sie versehentlich eine Antwortmöglichkeit angekreuzt haben, streichen Sie bitte das entsprechende Kästchen und setzen es in eckige Klammern [].

(2) Offene Fragen

Es gibt sowohl Fragen, die kurz und prägnant zu beantworten sind, als auch solche, für die Sie bis zu 2 Seiten zur Verfügung haben.

Bitte nutzen Sie für alle offenen Fragen nur den dafür vorgesehenen Platz; Antwortteile, die außerhalb (bspw. auf dem Konzeptpapier) liegen, können nicht gewertet werden.

Insgesamt sind 100 Punkte zu erreichen.

Frage 1

Erläutern Sie den demokratiethoretischen Ansatz Hans Kelsens und stellen Sie Unterschiede zur antiken Demokratie heraus.
(10 Punkte)

Hans Kelsen (1881-1973) entwickelte sein linksliberales Demokratieverständnis in Reaktion auf die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, den Zusammenbruch des Kaiserreiches und das Erstarken der sozialistischen Rätebewegung.

Begriff der Demokratie ist positiv besetzt, jedoch reduzierter Demokratiebegriff: **Demokratie als Methode** zur Erzeugung sozialer Ordnung und zur Schaffung staatlicher Normen, die tatsächliche Ausgestaltung der sozialen Ordnung und der geschaffenen Normen wird dagegen durch den Begriff der Demokratie nicht bestimmt (demokratisch legitimierte Herrschaftstechnik).

Identität von Herrschern und Beherrschten und Selbstbestimmung des Volkes (Minimierung von Herrschaft) als **normatives Postulat**; diese normative Vorstellung kann aber laut Kelsen in der sozio-politischen Realität lediglich angenähert werden.

Da die direkte Demokratie in der modernen Industriegesellschaft nicht zu verwirklichen sei, postuliert Kelsen die parlamentarische Demokratie bzw. **Parlamentarismus** und **Mehrheitsprinzip** als bestmögliche Lösung.

Kernproblem der realen Demokratie ist eine **effiziente Elitenrekrutierung**.

Kelsens Verständnis der realen Ausprägung der Demokratie beinhaltet zudem

- **Gewaltentrennung**, aber Regierung nur als Ausschuss des Parlamentes denkbar, um ausreichende Kontrolle durch Opposition und Öffentlichkeit zu gewährleisten;
- Bündelung gesellschaftlicher Interessen in politischen Parteien, denn die Demokratie sei in der modernen Gesellschaft nur als **Parteienstaat** realisierbar; Parlamentsentscheidungen spiegeln Mehrheitsbeschlüsse organisierter Interessen;
- **Referenden** über Parlamentsbeschlüsse;
- Abschaffung der Immunität der Abgeordneten;
- Notwendigkeit einer effizienten zentralisierten Verwaltung mit autokratischen Elementen.

Unterschiede zur attischen Demokratie:

- Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes (semantischer Inhalt, d.h. Demokratie ist nicht nur Methode), **direkte Demokratie**, ausgeübt in der Volksversammlung, d.h. keine Repräsentation, kein Parlamentarismus; Kelsen versuchte sein Modell hieran anzunähern über Referenden vor der erfolgten Verabschiedung von Gesetzen;
- Misstrauen gegenüber Eliten in Regierung und Verwaltung: mit Ausnahme der militärischen Beamten, des Flottenbaumeisters, der Finanzexperten und dem Leiter der städtischen Wasserversorgung erfolgte die Ämtervergabe durch **Los**, d.h. jeder Vollbürger wurde als fähig erachtet, ein Amt im Gemeinwesen zu übernehmen;
- Archontat als Exekutivausschuss, hatte jedoch kein Eigengewicht gegenüber der Volksversammlung: **keine Gewaltenteilung**;
- **keine politischen Parteien**, es gab lediglich prominente und charismatische Einzelpersonen („Demagogen“), die die Beratungen in der Volksversammlung strukturierten und lenkten.

Frage 2

Nach der Darstellung im IPSE-Kurs (04686) macht es die normative Grundstruktur des internationalen Systems aus, dass...

(4 Punkte)

- a) es unterschiedlich mächtige Staaten gibt;
- b) es keine oder nur wenige formal anerkannte Unterordnungsverhältnisse zwischen den Staaten gibt;
- c) sich auch Nicht-Regierungsorganisationen grenzüberschreitend betätigen;
- d) sich die Staaten als formal Gleiche anerkennen.

Frage 3

Gemäß der Darstellung im IPSE-Kurs (04686) gilt für die modernen Staaten des heutigen internationalen Systems, dass...

(4 Punkte)

- a) sie den jeweils nicht so modernen politisch voraus sind;
- b) sie aufgrund ihrer institutionellen Gestalt einheitliche Handlungsfähigkeit ausweisen;
- c) Anstaltsstaaten sind;
- d) aufgrund ihrer institutionellen Gestalt Territorialkonflikte nicht friedlich gelöst werden können.

Frage 4

Welche vier Varianten der Gesetzgebung sind im deutschen Bundesstaat zu unterscheiden? Nennen Sie die Varianten und jeweils einen Politikbereich als Beispiel.

(6 Punkte)

ausschließliche Landesgesetzgebung
Bsp. Bildungspolitik (Schulwesen), Kommunalverfassungen

ausschließliche Bundesgesetzgebung
Bsp. Verteidigung

konkurrierende Gesetzgebung
Bsp. Umweltpolitik, Gesundheitspolitik

Grundsatzgesetzgebung bei den Gemeinschaftsaufgaben
Bsp. regionale Wirtschaftspolitik, Küstenschutz

(je 1 Punkt pro Gesetzgebungsvariante, 0,5 Punkte für ein richtiges Beispiel)

Frage 5

Als terminus technicus bzw. wichtiger Begriff des realistischen Forschungsprogramms kann gemäß der Darstellung im IPSE-Kurs (04686) gelten:

(2 Punkte)

- a) Despotie
- b) Pentarchie
- c) Anarchie
- d) Hierarchie

Frage 6

Benennen Sie die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und erläutern Sie sie in jeweils einem Satz.

(6 Punkte)

Rechtsetzung (im Bereich der supranationalen Politik)

Das EP übt die Rechtsetzungskompetenz gemeinsam mit dem Rat aus; abhängig von dem jeweils gültigen Entscheidungsverfahren (bisher: Anhörung, Kooperation, Zustimmung, Mitentscheidung; seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags: ordentliches Gesetzgebungsverfahren oder andere Verfahren) kommen dem EP unterschiedliche Mitbestimmungsmöglichkeiten zu.

Zustimmung in Außenbeziehungen

Das EP hat Zustimmungsrechte bei allen wichtigen externen Abkommen und muss dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten zustimmen.

Haushaltsrecht

Das EP besitzt Letztentscheidungsrecht bei den nicht-obligatorischen Ausgaben der EG. (Der Lissabon-Vertrag weitet die Rechte des EP im Haushaltsverfahren aus.)

Kontrollfunktion

Das EP übt parlamentarische Frage- und Untersuchungsrechte gegenüber den übrigen Organen der EU – insbesondere der Kommission – aus (kann gegen die Kommission auch ein Misstrauensvotum beschließen) und hat das Recht der Haushaltskontrolle.

Frage 7

Erläutern Sie, was unter dem Begriff „Mikropolitik“ zu verstehen ist.

(2 Punkte)

Mikropolitik bezieht sich auf das Verhalten von Organisationsmitgliedern und beschreibt ihr Streben nach Macht innerhalb ihrer Organisation, um individuelle Ziele und Eigeninteressen zu verfolgen, auch wenn diese dem Organisationszweck entgegenstehen.

Frage 8

Erläutern Sie den Begriff „Fraktionsdisziplin“.

(2 Punkte)

Abgeordnete sind im Parlament bei Wahlen und Abstimmungen in der Regel an die Positionen ihrer Partei bzw. Fraktion gebunden.

Frage 9

Nach der Darstellung im IPSE-Kurs (04686) haben folgende Autoren sog. Zentrum-Peripherie-Modelle zur Erklärung der ungleichmäßigen weltweiten Entwicklung formuliert:

(2 Punkte)

- a) Johan Galtung
- b) Walt Rostow
- c) Johan Huizinga
- d) Immanuel Wallerstein

Frage 10

Skizzieren Sie die Elemente der Gewaltenteilung nach John Locke.
(6 Punkte)

John Locke unterscheidet zwischen **Legislative** und **Exekutive**, wobei die Legislative die höchste Gewalt darstellt.

Das System der Gewaltenteilung und Kompetenzverteilung wird in einem Sozialvertrag („trust“) festgeschrieben.

Das Besitzbürgertum (Zensus) wählt Vertreter ins **Parlament** (Treuhand), welches die legislative Gewalt ausübt. Der Monarch hat jedoch ein **Vetorecht**, er kann die Gesetze des Parlaments ablehnen.

Die exekutive Gewalt liegt beim **Monarchen**.

Das Volk (wiederum Besitzbürgertum) hat ein **Widerstandsrecht** gegen beide Gewalten, wenn diese gegen die im „trust“ niedergelegten Kompetenzen verstoßen.

Frage 11

Was versteht Wolfgang Rudzio unter dem „neuen Dualismus“ und welche ältere Variante des Dualismus wurde dadurch abgelöst?
(4 Punkte)

Der sog. neue Dualismus beschreibt die Tatsache, dass in modernen parlamentarischen Systemen nicht mehr die Regierung dem Parlament als Ganzem gegenübersteht, sondern dass ein Dualismus existiert zwischen Regierung und parlamentarischer Regierungsmehrheit auf der einen und der parlamentarischen Opposition auf der anderen Seite.

(Die Parlamentsfunktionen der Wahl und Gesetzgebung kommen dabei hauptsächlich der Regierungsmehrheit, die der Kontrolle und Artikulation dagegen eher der Opposition zu.)

Abgelöst wurde dadurch die Rolle des Parlaments in der konstitutionellen Monarchie, wo das Parlament als Ganzes die Bürger gegenüber der Regierung (Monarch, Regierung) vertrat.

Frage 12

Nennen Sie die wichtigsten Verfahrensarten vor dem EuGH.
(4 Punkte)

Vorabentscheidungsverfahren
Vertragsverletzungsklage
Nichtigkeitsklage
Untätigkeitsklage

Frage 13

Der Neo-Realismus versucht, eine „sparsame“ Erklärung von Außenpolitik zu geben.

a) Was ist hier mit einer „sparsamen“ Erklärung gemeint?

(2 Punkte)

Sparsam meint: Außenpolitik soll mit möglichst wenig (zu erhebender) Information erklärt werden. Insbesondere soll nicht auf die inneren/heimischen Verhältnisse der Staaten zurückgegriffen werden, deren Außenpolitik erklärt werden soll.

b) Welche beiden Hauptfaktoren werden der neorealistischen Außenpolitikerklärung zugrunde gelegt?

(2 Punkte)

Vielmehr erfolgt die Erklärung über die **Machtstellung** des Staates (Super-/Großmacht, mittlere Macht, Kleinstaat) und die **Handlungszwänge** (Selbstbehauptung unter Anarchie) des internationalen Systems.

Frage 14

a) Welche Gründe sprechen gemäß Kurs 33203 (Politik in Deutschland) für den Föderalismus als Prinzip der Staatsorganisation? Benennen Sie stichwortartig fünf dieser Gründe.

(5 Punkte)

- Größe eines Staates, große geographische Ausdehnung
- heterogene Gesellschaft mit mehreren homogenen Gruppen (z.B. ethnisch oder sprachlich)
- mehr Partizipationsmöglichkeiten
- größere Transparenz von Entscheidungen
- (zusätzliche) vertikale Gewaltenteilung zwischen Bund und Gliedstaaten
- mehr Wettbewerb (zwischen Parteien, Gliedstaaten)
- Förderung des gesellschaftlichen Pluralismus

b) Welchen der Gründe (einer genügt) schätzen Sie für die Bundesrepublik als relevant ein? Bitte begründen Sie Ihre Auswahl.

(2 Punkte)

z.B. die zusätzlichen Partizipationsmöglichkeiten auf Ebene der Länder (Landtagswahlen, Volksbegehren, Volksentscheide), die bei Gründung der Bundesrepublik insbesondere auch von den Westalliierten befürwortet worden waren

Frage 15

Skizzieren Sie die Politikvarianten der supranationalen und intergouvernementalen Politik gemäß Kurs 33202 (Politik in der EU) und nennen Sie jeweils ein Politikfeld als Beispiel.
(6 Punkte)

supranationale Politik oder Gemeinschaftsmethode:

hoher Integrationsgrad, supranationale Recht- und Regelsetzung
Mitgliedstaaten haben Souveränität auf die supranationale Ebene übertragen
Akteure: Ministerrat, Europäisches Parlament, Kommission (Initiativmonopol), Europäischer Gerichtshof
Abstimmungen im Rat meist mit QME
(Vertragsgrundlage bisher: EG-V)

Beispiele: Agrarpolitik, Umweltpolitik

intergouvernementale Politik:

niedriger Integrationsgrad, wichtige Rolle der nationalen Regierungen
Akteure: Europäischer Rat, Ministerrat (einstimmig) bzw. Mitgliedstaaten
Einstimmigkeit (Konsens)
(Vertragsgrundlage bisher: EU-V bzw. außerhalb der Verträge)

Beispiele: GASP, Grundsatzfragen der europäischen Integration („Verfassungs“politik)

Frage 16

Nennen Sie die zentralen Forderungen der englischen Chartisten.
(2 Punkte)

allgemeines Männerwahlrecht

soziale Forderungen wie Recht auf Arbeit und Bildung, gute Ernährung, angemessene Arbeitslöhne, bessere Arbeitszeiten u.ä. (Hebung des Lebensstandards)

Frage 17

Für das konstruktivistische Forschungsprogramm gilt gemäß der Darstellung im IPSE-Kurs (04686), dass...
(4 Punkte)

- a) es seinen Namen der konstruktiven Natur seiner politischen Handlungsempfehlung verdankt;
- b) Wahrnehmungen in der internationalen Politik eine untergeordnete Rolle spielen;
- c) Anarchie das Verhalten der Akteure nicht vollständig bestimmt;
- d) das Selbstverständnis der Akteure internationaler Politik für ihr Verhalten erheblich ist.

Frage 18

a) Nennen Sie die Faktoren, welche – zumindest während der ersten Jahrzehnte des Bestehens der Bundesrepublik – das Wahlverhalten von Individuen langfristig bestimmten.
(3 Punkte)

Schicht-/Milieuzugehörigkeit
Konfessionszugehörigkeit
Alter

b) Welche Faktoren wirken dagegen eher kurzfristig?
(2 Punkte)

Sachfragen
Kandidaten/Personen

Frage 19

Was versteht man unter „Komitologie“?
(3 Punkte)

Der Begriff bezeichnet ein **Ausschusssystem** der europäischen Gemeinschaftsmethode. Die Ausschüsse sind mit **Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission** besetzt.

Die Ausschüsse kontrollieren die Kommission bei der Ausübung der exekutiven Regelsetzung und stellen einen Dialog mit den Behörden und Verbändevertretern der Mitgliedstaaten her, um so die Implementation europäischer Politik zu erleichtern.

Frage 20

Im IPSE-Kurs (04686) wird festgestellt, dass in den USA die Mitgliedschaft in internationalen Institutionen zuweilen eher als Fesselung denn als Selbstbindung empfunden wird. Erläutern Sie knapp, was mit den beiden Sichtweisen gemeint ist und welchem außenpolitischen Forschungsprogramm (Paradigma) man sie jeweils am ehesten zuordnen würde.
(4 Punkte)

Fesselung: Als starke Macht könnten die USA auch außerhalb solcher Einrichtungen handeln; sich darauf (und damit die Mitsprache anderer Staaten) einzulassen, kommt einer Fesselung gleich. Eine typisch realistische Sichtweise.

Selbstbindung: Es kann im Interesse auch einer starken Macht liegen, Regeln internationaler Institutionen selbst zu befolgen (um andere ebenfalls dazu zu bringen, durch Vorbild oder indem ihnen kein Vorwand zum Abweichen von Regeln gegeben wird). Eine typisch institutionalistische Sichtweise.

Frage 21

Erläutern Sie zunächst den Begriff „asymmetrischer Föderalismus“. Stellen Sie dann das Konzept am Beispiel des „opting out“ einzelner EU-Mitgliedstaaten dar.

(5 Punkte)

Der Begriff des asymmetrischen Föderalismus wurde von Charles Tarlton geprägt und beschreibt föderative Systeme, in denen die Kompetenzverteilung und die sonstigen Beziehungen zwischen den Ebenen (und auch der Gliedstaaten untereinander) nicht für alle Gliedstaaten gleich sind, sondern variieren.

„Opting out“ bedeutet, dass einzelne Mitgliedstaaten in bestimmten Bereichen nicht die in der EU vereinbarte Politik umsetzen, z.B. weil die Ratifikation eines Vertrages gescheitert ist.

Damit gelten für diese Mitgliedstaaten in den betreffenden Bereichen andere Beziehungen zu den übrigen Mitgliedstaaten wie den EU-Organen. Zudem verbleiben mehr Kompetenzen auf der nationalen Ebene.

Beispiele sind das Schengen-Abkommen, die Währungsunion oder die Grundrechtecharta.

Frage 22

In der Schrift „Was ist der Dritte Stand?“ von 1789...

(4 Punkte)

- a) übernimmt Sieyès von den Federalists das pluralistische Prinzip organisierter Interessen;
- b) spricht sich Sieyès für das aktive Wahlrecht aller männlichen Franzosen aus;
- c) sieht Sieyès – anders als Rousseau – eine Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive vor;
- d) fordert Sieyès den gesetzlichen Schutz des Eigentums und akzeptiert dabei auch materielle Ungleichheit.

Frage 23

Gemäß der von Arend Lijphart ermittelten Demokratie-Varianten der Konsens- und Mehrheitsdemokratie...

(4 Punkte)

- a) sind sowohl Merkmale auf der „Regierungen-Parteien-Dimension“ als auf der „Föderalismus-Unitarismus-Dimension“ relevant zur Einordnung von Demokratien;
- b) sind Zweiparteiensysteme charakteristisch für die Konsensdemokratie;
- c) lässt sich Deutschland als Konsensdemokratie einordnen, weil der Bundesrat lediglich ein suspensives Veto in der Gesetzgebung besitzt;
- d) ist die Möglichkeit direktdemokratischer Entscheidungen ein relevantes Unterscheidungsmerkmal.